

**Anfrage zur schriftlichen Beantwortung E-004044/2026/rev.1
an die Kommission**
Artikel 144 der Geschäftsordnung
Matthias Ecke (S&D), Delara Burkhardt (S&D)

Betrifft: 81 Mrd. EUR Krisengewinne der Ölkonzerne – EU-Übergewinnsteuer gegen hohe Energiekosten

Seit Beginn des Irankriegs sind die Öl- und Kraftstoffpreise in der EU stark gestiegen. Während viele Verbraucherinnen und Verbraucher fürchten, dass Tanken und Heizen unbezahlbar werden, treiben Ölkonzerne die Preise noch weiter künstlich in die Höhe. Acht Mineralölkonzerne erzielten zuletzt in einem Quartal rund 81 Mrd. EUR Gewinn, knapp doppelt so viel wie vor Kriegsbeginn.

Sechs Mitgliedstaaten, darunter Deutschland, fordern deshalb eine EU-weite Übergewinnsteuer für Mineralölkonzerne. Die Kommission verweist dagegen auf nationale Lösungen, obwohl mit dem Solidaritätsbeitrag nach Verordnung (EU) 2022/1854 bereits ein Vorbild existiert.

1. Welche Lehren können aus dem damaligen Erfolg des Solidaritätsbeitrags, der laut dem Bericht der Kommission über 26 Mrd. EUR eingebracht hatte, mit denen überwiegend die Energieverbraucher entlastet wurden, gezogen werden?
2. Inwiefern kann Artikel 122 AEUV als Rechtsgrundlage für einen Solidaritätsbeitrag der EU dienen?
3. Unter welchen konkreten Voraussetzungen würde die Kommission erneut einen Vorschlag für eine gemeinsame EU-weite Besteuerung krisenbedingter Übergewinne von Ölkonzernen vorlegen?

Eingang: 7.10.2026